RS Vwgh 1994/3/17 91/14/0076

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 17.03.1994

Index

32/02 Steuern vom Einkommen und Ertrag

Norm

EStG 1972 §19 Abs1;

Rechtssatz

Der Erlaß einer nicht betrieblichen Forderung einer natürlichen Person gegenüber einer anderen natürlichen Person führt ebenso wie der Verzicht auf künftige Einnahmen zwischen diesen Personen nicht zu einem Einnahmenezufluß beim Gläubiger, weil Zufluß und Rückzahlung grundsätzlich nicht fingiert werden dürfen (Hinweis Herrmann/Heuer/Raupach, Kommentar zu EStG und KStG, 20te Auflage, § 11 Anmerkung 57, § 8 Anmerkung 18; Schmidt, EStG, § 8 Anmerkung 7 f und § 11 Anmerkung 5, Stichwort "Verzicht"). Trifft aber der Anspruchsberechtigte eine Verfügung (Vorausverfügung), was mit den verzichteten Einnahmen zu geschehen habe (zB Anordnung, das Geld einem gemeinnützigen Zweck zuzuführen), so liegt eine Maßnahme der Einkommensverwendung vor und die Einnahmen gelten als dem Anspruchsberechtigten zugeflossen (Hinweis Herrmann/Heuer/Raupach, Kommentar zu EStG und KStG, § 8 Anmerkung 18).

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1994:1991140076.X01

Im RIS seit

20.11.2000

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2025 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at